

Editorial



Jörg Marquardt
Wirtschaftsredaktor

Ein langer Weg zur Normalität

Corona und kein Ende. Die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft zeichnen sich immer deutlicher ab. Dabei sorgen die ersten Lockerungen überall für Aufatmen. Die Läden sind wieder offen, die Restaurants und Wochenmärkte ebenso. Aber von einer Rückkehr zur Normalität kann keine Rede sein, wenn Plexiglas, Händedesinfektionsmittel und ein Vier-Personen-Maximum am Beizentisch den Alltag bestimmen.

Viele Garagen spüren zurzeit den massiven Einbruch bei den Autoverkäufen, wie die News-Geschichte am Beispiel zweier Betriebe in der Region aufzeigt. Auch über den Lockdown hinaus droht der Absatz tief zu bleiben.

Statt für einen teuren Neuwagen interessieren sich die Leute jetzt eher für ihre Sommerferien. Nur wohin, wenn die beliebtesten Auslandsdestinationen unsicher sind? Der Bericht über ein Dübendorfer Reisebüro gibt Einblick in eine angeschlagene Branche.

Weniger Gehör konnten sich bisher Start-ups verschaffen. Dabei machen sich viele von ihnen Sorgen um die künftige Finanzierung. Denn die Krise hat Investoren vorsichtig gemacht. Der Schwerpunkt widmet sich deshalb zwei Firmen aus der Region, die auf unterschiedliche Weise von der Coronakrise betroffen sind. Trotz aller Schwierigkeiten gibt es für sie auch Lichtblicke. Ihre Geschäftsmodelle könnten am Ende sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Impressum

RegionalWirtschaft – ein Produkt der Zürcher Oberland Medien AG
Redaktion: Jörg Marquardt, Manuela Frey (Produktion)
Verkauf: Marcel Hofer (Leitung), Viviane Andres, Priska Forte, Jeannette Kammermann, Ilona Steiner, Christine Vogt, Susi Pulver
Abonnemente: Susanna Limata (Leitung)
Kontakt: Redaktion: Tel. 044 933 33 33, regionalwirtschaft@zol.ch
Verkauf: Tel. 044 933 32 04, inserate@zol.ch

Wir haben die regionale Wirtschaft im Fokus – alle 14 Tage neu.

Beilage im «Zürcher Oberländer» und «Anzeiger von Uster»

RegionalWirtschaft

Carte blanche

Keine staatliche Einmischung bei der Geschäftsmiete

Die Coronakrise hat die Schweiz auf den Kopf gestellt. Deshalb ist es wenig verwunderlich, dass die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen kritisch betrachtet und kontrovers diskutiert werden. So auch der kürzlich getroffene Entscheid in Bezug auf die Geschäftsmieten. Ist ein staatliches Eingreifen überhaupt sinnvoll?

Mit Erleichterung habe ich den Entscheid des Bundesrates zur Kenntnis genommen, keine notrechtlichen Eingriffe bei den Geschäftsmieten anzuordnen. Die Forderung, dass Restaurantbetreiber und weitere Unternehmen, die auf Anweisung vom Bundesrat geschlossen wurden, ihrem Vermieter während der Zeit der Schliessung grundsätzlich nur 30 Prozent der Miete schulden, ist aus meiner Sicht wenig zielführend, um möglichst rasch aus dieser finanziell misslichen Situation herauszukommen.

Angesichts der Vielfalt bei den Vertragsverhältnissen ist Zurückhaltung der bessere Ratgeber, um Willkür zu vermeiden. Denn auch Vermieter sind von

der Pandemie betroffen. Während einzelne KMU aufgrund von Mietschulden unter Existenznot leiden, fehlen auf der Vermieterseite wichtige Einnahmen.

Künftig müssen Vermieter mit vermehrten Leerständen von Verkaufs- und Gewerbeflächen rechnen. Des Weiteren droht auch bei den Büroflächen eine Erhöhung der Leerstände, da infolge der bevorstehenden Rezession die Nachfrage rückläufig sein wird.

Einige Unternehmungen haben ausserdem festgestellt, dass das Homeoffice eine echte Alternative zum Büroalltag darstellt. In Zukunft werden vermutlich vermehrt fixe Büroarbeitsplätze eingespart und infolgedessen weniger Büroflächen benötigt. Institutionelle Vermieter müssen mit Umsatzeinbussen rechnen, private Vermieter mit einer nicht unerheblichen Einkommenseinbusse.

Das ist Jammern auf hohem Niveau, könnte man denken. Jedoch ist jeder institutionelle Vermieter in der Regel auch Arbeitgeber. Mit einem unüberlegten staatlichen Eingreifen wür-

den Arbeitsplätze gefährdet und Entlassungen provoziert.

Aufgrund des tiefen Zinsniveaus und des ständig rückläufigen Umwandlungssatzes bei der Pensionskasse investiert eine Vielzahl von Privatanlegern ihre Altersvorsorge in Wohn-, aber auch Geschäftsimmobilien. Ein angeordneter Mietzinsverzicht hätte deshalb bei privaten Vermietern allenfalls eine existenzielle Auswirkung.

Für den Mieter dagegen gilt zu berücksichtigen, dass der rechtliche Anspruch auf Mietzinsenkung umstritten ist und gegebenenfalls durch ein Gericht entschieden werden muss. Einen solchen Entscheid durchzusetzen, erfordert Zeit und Geld. Diese Mittel könnten in der jetzigen Situation auch zur Existenzsicherung eingesetzt werden.

Weiter ist zu beachten, dass Mieter einer Schadenminderungspflicht unterstehen. Es sind alle zumutbaren Massnahmen (Take-away, Liefer- und Abholservice, Onlineshop etc.) zu ergreifen, um Umsatzein-



Sandra Elliscasis ist Präsidentin des Wirtschaftsforums Wetzikon, Wetziker Gemeinderätin (FDP) und Mitinhaberin der Elliscasis Immobilien GmbH

bussen abzuwenden oder zu verringern.

Ich begrüsse deshalb die Haltung sehr, bei den Mietzinsen für Geschäftsflächen eine punktuell einvernehmliche Lösung anzustreben. Hierbei sind Vertrauen, Solidarität und ein partnerschaftliches Handeln Erfolg versprechend. Vermieter und Bewirtschafter sind gut beraten,

individuellen Lösungen Hand zu bieten, nicht zuletzt aus der Optik: «lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.»

Mit einer einvernehmlichen Lösung kann die Existenz der betroffenen Firma gesichert und für den Vermieter das Leerstandsrisiko reduziert werden.

«Wir freuen uns, einfach wieder am Leben zu sein.»

Andy Gröbli,
Geschäftsführer «Pirates» in Hinwil,
ist erleichtert über die Wiedereröffnung seines Lokals, fragt sich aber, ob das Geschäft angesichts der hohen Sicherheitsauflagen überhaupt rentiert

«Ich verliere automatisch einen Tisch. Zwei sitzen hier, drei dort. Dazusetzen kann ich niemanden.»

Sarah Tiefenbacher,
Pächterin «Sennhütte» auf der Strahlegg,
ärger sich, dass Gastronomiebetriebe trotz der Fünf-Personen-Regel nur vier Personen pro Tisch bewirten dürfen

Aktuelle Wirtschaftszitate

«Es war traumatisch.»

Margrit Gremminger,
Inhaberin Coiffure mg in Wetzikon,
geriet durch die Coronakrise in finanzielle Nöte und fürchtete, ihren wochenlang geschlossenen Salon nicht wie geplant verkaufen zu können, aber nun hat sie einen Nachfolger per Ende Mai

«Das ist ein grosser Schritt in Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.»

Hanna Baumann, SP-Gemeinderätin und Sozialdiakonin in Dübendorf,
lobt den Stadtrat, dass er den Mitarbeitenden die Möglichkeit des Homeoffice eingeräumt hat, und fürchtet keinen Rollback in alte Rollenmuster

«Ich dachte, das kann ja wohl nicht sein, wir leben in einer digitalisierten Welt und die Leute machen Strichli.»

Roman Lickel, Ustermer Start-up-Unternehmer,
hat eine App entwickelt, die Gastbetrieben, Läden oder Sportanlagen ermöglicht, die Zahl ihrer Besucher elektronisch zu erfassen und den App-Nutzern live anzuzeigen